

Samstagsinterview

Benedikt Loderer, Architekt, Stadtwanderer, Buchautor

«Die Hüsli-Pest ist einfach da. Man versucht, sie nicht mehr zu spüren»

Wir vergeuden unser Land, leben auf Pump. Künftige Generationen werden uns verfluchen, sagt Benedikt Loderer.



Foto: Danielle Liniger

Interview: Rudolf Burger, Alexander Sury

Herr Loderer, Sie sind für dieses Interview mit dem Zug von Biel nach Bern gekommen. Was hat unterwegs das Auge des Stadtwanderers beleidigt?

Ich habe wenig gesehen, weil ich diese Strecke viel fahre und immer lese.

Also keine Hüsli-Pest?

Die Hüsli-Pest ist einfach da. Das ist wie eine Verwachsung. Man versucht, sie nicht mehr zu spüren.

In Ihrem Buch sagen Sie, die Hüsli-Pest sei die Krankheit des Landes. Für viele Schweizer ist das eigene Haus aber ein Traum?

Ja, das ist sicher wahr. Wahr aber ist auch, dass wir das Land und auch unsere finanziellen Mittel vergeuden, wir leben heute auf Pump. Die zukünftigen Generationen werden uns verfluchen. Und wir werden die grösste Mühe haben, die wahnsinnig aufgeblähten Infrastrukturen am Leben zu erhalten. Langfristig müssen wir uns damit abfinden, dass es nicht nur eine Hüsli-Pest gibt, sondern auch eine Hüsli-Steppe.

Die Interviewer gestehen: Wir sind Ihr Feindbild, wir sind Hüsli-

Menschen aus der Agglomeration. Wenn Sie von der Hüsli-Pest reden, machen Sie doch viele Menschen in diesem Land lächerlich.

Nein. Das Problem ist, dass Leute wie Sie nicht zahlen, was Sie konsumieren. Ich wäre dafür, dass man als Erstes die Kostenwahrheit einführt. Sie beide müssten also für Ihre tatsächlich verursachten Transportkosten aufkommen.

Wir fahren beide oft mit dem Fahrrad zur Arbeit...

... das ist prächtig. Aber Ihre Nachbarn haben unterdessen zwei Autos. Und wenn Sie überlegen, dass Sie ständig Kinder per Auto in die Flötenstunde oder zum Yoga fahren, dann geht es nicht mehr auf. Ökonomen haben nachgewiesen, dass Autofahrer zwar ihre Strassen bezahlen, aber ihre indirekten Kosten von 6 bis 8 Milliarden pro Jahr eben nicht. Beim öffentlichen Verkehr ist es nicht anders: Wir sollten eigentlich doppelt so viel zahlen.

Sie wären also dafür, dass der Benzinpreis auf 5 Franken erhöht wird? Mindestens.

Sie waren ja auch einmal Sozialist, wie man Ihrem Buch entnehmen kann...

(lacht) Ich war ein übler Mitläufer, aber das lassen wir besser weg.

Wenn das Benzin 5 Franken pro Liter kostet, können sich nur noch die reichen Leute ein Auto leisten.

Entschuldigung, gibt es ein Menschenrecht auf ein Auto? Nein. Früher haben auch nur reiche Leute ein Pferd gehabt. Das Programm «Mittelstand für alle», das in den 1950er-Jahren in der Schweiz eingeführt wurde, geht nicht auf. Alle hätten aber weiterhin ein Auto, weil sie darauf angewiesen sind, nur würden sie weniger fahren.

Sie leben fürstlich in der Bieler Altstadt, 150 Quadratmeter auf mehreren Etagen mit Ihrer Partnerin. Dabei propagieren Sie 40 Quad-

“**Entschuldigung, gibt es ein Menschenrecht auf ein Auto?**”

ratmeter Wohnfläche für alle. Sie predigen Wasser und trinken Wein. Natürlich tue ich das, und ich schäme mich nicht einmal. Immerhin ist mein ökologischer Fussabdruck klein: Ich fliege nicht mehr, habe kein Auto, sondern nur ein SBB-Generalabonnement, für das ich auch mehr zahlen würde.

Das Doppelte, damit sich das auch nur noch Reiche leisten können?

Nein. Was ist eigentlich passiert? Mit dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auf allen Ebenen haben wir den Menschen ermöglicht, in Hintergegenden zu wohnen und in der Stadt zu arbeiten. Warum das schlaue sei, das muss man mir zuerst erklären.

Sie möchten also, dass alle Leute in der Stadt oder stadtnah wohnen?

Wir müssen zuerst einmal anerkennen, dass wir kein Bauernvolk mehr sind. 75 Prozent der Bevölkerung sind Städter, die heutige Form der Stadt ist die Agglomeration. Wir müssen die Agglomeration verdichten und nicht weiter Raubbau an der Landschaft betreiben.

Wenn Sie die Wegkosten stark verteuern wollen, dann müssen die Menschen in den Bergtälern, sagen wir in Gadmen, entweder Subsistenzlandwirtschaft betreiben oder in die Stadt kommen. Sie können doch nicht ernsthaft eine Entvölkerung ganzer Landstriche wollen?

Ich begreife die schreckliche Angst der Schweizer vor der Ausdünnung der Berggegenden nicht. Ich mache darauf aufmerksam, dass die höheren Lagen in den Alpen erst im Spätmittelalter besiedelt wurden. Früher waren die Leute klug und wohnten dort, wo es günstig war. Das änderte sich erst, als der Bevölkerungsdruck gross genug war. Ich sage: 700 Jahre Alpenbesiedlung genügt.

In Ihrem Buch «Landesverteidigung» schreiben Sie, wir seien blind für die Wirklichkeit der hässlichen Verbrauchsschweiz.

Es ist doch so. Wären unsere Augen nicht von diesem Schönschweizglauben verklebt, kämen wir zur Erkenntnis: Der Agglo-Brei ist die Wirklichkeit, in der unterdessen fast drei Viertel der Bevölkerung wohnen, leben und arbeiten.

Sind Sie der einzige Sehende?

Nein, ich bin nicht allein. Viele sehen, dass ein böstlicher Mechanismus auftritt: Je mehr Leute die Schönschweiz verehren, je mehr pervertierter Naturgenuss stattfindet, desto schneller wird aus der Schönschweiz eine hässliche Verbrauchsschweiz. Ich treffe andauernd Menschen, die mir auf die Schulter klopfen und sagen: Du hast recht.

Wir haben einen bekannten Raumplaner getroffen, der sagt, Sie seien mit Ihrer Kritik in den 1980er-Jahren stecken geblieben. Sie würden die relativ erfolgreichen Bemühungen und Anstrengungen der Raumplanung ignorieren.

Reden wir lieber nicht von Raumplanung in der Schweiz. Sie wurde von Anfang an kastriert, weil ganz klar ist: Eine griffige Raumplanung würde der Koalition der Profiteure, ich nenne sie Fédération des profiteurs...

...Fdp also freisinnige...

... nicht nur, auch die Gemeinden profitieren und sabotieren eine effektive Raumplanung. Meistens ist das Baugeschäft tonangebend, verbündet mit Banken und Notaren. Die müssen alle eine aggressive Strategie fahren, wenn sie im Steuerwettbewerb bestehen wollen.

Es gibt doch andere Tendenzen, die Ihren Beifall finden müssten. In

Agglomerationsgemeinden wie Wohlen, Ittigen, Bolligen, Muri sind Einzonungen abgelehnt worden. Die Leute wollen nicht, dass weitere Grünflächen überbaut werden.

Ja, aber gleichzeitig müsste man zum Beispiel in Muri, wo es viel Platz gibt, auf Verdichtung setzen. Wir müssen nicht die Marktgasse aufstocken, wir müssen dort, wo es wenig hat, mehr hineintun.

Hüsli-Pest sei eine Ideologie, sagen Sie, worin besteht diese Ideologie?

Nur im Hüsli kann beginnen, was leuchten soll im Vaterland...

Sie selber sind in einem Hüsli in Spiegel bei Bern aufgewachsen.

Jawohl, Sie dürfen gerne Trivialpsychologie betreiben. Natürlich habe ich Gartenarbeit gehasst, die Jät-Tyrannie und die Rasenmäher-Sklavendienste. Aber es geht gar nicht um das: Wer macht heute noch Gartenarbeit? Und wenn schon, haben die Leute einen Riesentraktor, um ihre kleinen Rasen zu mähen.

Widerspruch, Gartenarbeit ist noch weit verbreitet.

Ja, vielleicht zur Pflege von Rosen. Aber schauen Sie doch mal, wer zum Beispiel noch Kartoffeln anpflanzt. Fast niemand mehr. Die kleinen grünen Streifen rund ums Haus werden nicht genutzt. Genutzt werden Gartensitzplätze, das stimmt.

Städte verdichten, aus Agglo-Brei muss Stadt werden: Was halten Sie vom Projekt Waldstadt Bremer?

Die Waldstadt Bremer hat dann einen Sinn, wenn man konsequent ist. Das heisst, wenn man dort Tausende Quadratmeter Wald für Wohnzwecke brauchen will, müssen wir anderswo mindestens so viel Land auszonieren. Deshalb sage ich: Wir brauchen ein eidgenössisches Landgesetz, das gleich funktionieren würde wie das seit 1876 bestehende Waldgesetz. Wer Kulturland überbaut, muss anderswo Kulturland frei machen.

Das Landgesetz würde bedeuten, das verdichtet gebaut würde.

Klar, wir müssen dort dichter bauen, wo jetzt zu wenig überbaut ist. In den Hüsli- und Zweigeschosszonen hat es noch massenhaft Platz.

Im neuen Raumplanungsgesetz soll die Zersiedelung gebremst werden, indem übergrosse Bauzonen verkleinert werden müssen. So würde viel Bauland wieder zu Kulturland.

Bitte, meine Herren, das Raumplanungsgesetz ist seit 1980 in Kraft. Dort steht seit 32 Jahren drin, was jetzt im revidierten Gesetz beschlossen wurde. Man hat aber die Kantone fuhrwerken lassen und von Anfang an dafür gesorgt, dass der Bund keine Kompetenzen hatte. Und jetzt wundert man sich, wenn eine Zweitwohnungsinitiative angenommen wird. Die Sünden sind offensichtlich.

Es tut sich doch etwas: Ja zur Zweitwohnungsinitiative, in Zürich wurde die Kulturlandinitiative angenommen, die Landschaftsinitiative hat zu einer Revision des Raumplanungsgesetzes geführt...

... weil die eidgenössischen Räte das Schlottern bekamen und das Raumplanungsgesetz endlich mit den Zähnen ausgerüstet haben, die sie ihm vorher bei der Anwendung gezogen hatten.

Aber das Ja zur Zweitwohnungsinitiative war doch ein Lichtblick?

Sicher. Die direkte Demokratie ist durchaus in der Lage, Gewaltiges zu tun. Die Zweitwohnungsinitiative ist ja eigentlich gegen jegliches föderalistische Prinzip. Die Mehrheit hat einer Minderheit ihre ökonomischen Möglichkeiten zur Ausnutzung der Gegebenheiten beschränkt.